



der FDP-FRAKTION IM GEMEINDERAT DER STADT REUTLINGEN

Stadt-Etat nicht verzögern Liberaler plädieren für rasche Entscheidungen über den Doppelhaushalt 2015 und 2016

Die FDP-Fraktion hat einem interfraktionellen Antrag auf Verschiebung der Haushaltsberatungen im Reutlinger Gemeinderat nicht zugestimmt. Die Bürgerschaft hat nach Meinung der Liberalen Anspruch auf einen Etat, der zu Beginn nächsten Jahres in Kraft tritt. Das betonte Fraktionsvorsitzender Hagen Kluck. Da sich CDU, Grüne, FWV und WiR aber durchsetzen, wird der neue Doppelhaushalt wahrscheinlich erst im Mai 2015 genehmigt sein. Bis dahin kann es Probleme mit der Auszahlung der Zuschüsse an Institutionen, Verbände und Initiativen geben. Im Bereich des Vermögenshaushaltes können keine neu-en Projekte begonnen werden. Der von der Stadtverwaltung vorgelegte Etat-Entwurf ist auch nach Auffassung der FDP-Fraktion korrekturbedürftig. Alle Fraktionen des Gemeinderates haben aber die Möglichkeit, im Rahmen der jetzt beginnenden Beratungen Änderungsanträge zu stellen. Die FDP-Fraktion wird nach den Worten Klucks Vorschläge zu Einnahmeverbesserungen und Ausgabenkürzungen machen. Eine Vorverlegung der von der Oberbürgermeisterin für 2015 angedachten Konsolidierungsklausur in die Haushaltsberatungen ist nach Auffassung der Liberalen nicht sinnvoll. Schon jetzt sei erkennbar, dass die Antragsteller des interfraktionellen Antrages aus unterschiedlichen Motiven handeln. Während CDU und FWV im sozialen und kulturellen Bereich eher sparen möchten, wollen die Grünen ihn wohl eher ausweiten. Die Reutlinger Kommunalpolitik leide schon jetzt unter vielfachen Vertagungen, Verzögerungen und Verschiebungen. Das führe zu einem investitionsfeindlichen Klima, das für die Zukunftsfähigkeit der Stadt wichtige Vorhaben gefährdet. Die FDP beteiligt sich an dieser Blockadepolitik nicht, weil sie die Stadt in ihrer Entwicklung nicht bremsen sondern voranbringen will.



Die Stadt kann finanziell nicht aus dem Vollen schöpfen.



Die Fußgängerzone ist die Hauptschlagader der Einkaufsstadt Reutlingen. Nach Meinung der FDP müssen auch die „Nebenlagen“ ansprechend gestaltet werden

FDP steht zur Innenstadt Fraktion wünscht sich vom neuen Stadt-Etat eine Stärkung des Einkaufsstandortes

Die Sanierung der Reutlinger Innenstadt muss nach Auffassung der Liberalen zügig fortgesetzt werden. Die Neugestaltung darf sich auch nicht auf die Wilhelm- und die Katharinenstraße beschränken. Sehr am Herzen liegt Stadträtin Regine Vohrer die Sanierung von Oberamtei- und Kanzleistraße. Wenn hier nicht bald etwas geschehe, käme es zu Leerständen. Aber gerade die inhabergeführten Geschäfte seien für Vielfalt und Individualität der Innenstadt sehr wichtig. In einem Schreiben an „RTaktiv“ hat Fraktionsvorsitzender Hagen Kluck auch eine FDP-Initiative zu den Parkgebühren angekündigt. Die Freien Demokraten seien nach wie vor für eine Anfangsphase kostenlosen Parkens. Bekräftigt wurde auch das „Ja“ zur Weiterentwicklung des Gebietes zwischen Katharinen- und Hofstattstraße. Das Projekt K8 sei für die Zukunftsfähigkeit Reutlingens als attraktiver Einkaufsstadt sehr wichtig. In den Industriegebieten will die FDP keine Ausweitung innenstadt-relevanter Sortimente. „Wir brauchen diese Gebiete für das produzierende Gewerbe, weil uns sonst die Flächen dafür ausgehen“, betont auch Stadtrat Dr. Carl-Gustav Kalbfell.

Eine Lanze fürs Handwerk FDP lehnt die von Grün-Rot geplante Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts ab

Die FDP hält nichts von einer Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts. Die grün-rote Landesregierung will die Möglichkeiten kommunaler wirtschaftlicher Betätigung zulasten der Handwerksbetriebe ausweiten. Angestrebt wird „Augenhöhe“ zwischen Kommunen und Handwerk. Nach Auffassung der Liberalen würden dann aber noch mehr quersubventionierte kommunale Unternehmen mit der heimischen Wirtschaft konkurrieren. Es sei nicht gut, wenn die Kommunen mit Dienstleistungen auf den Markt drängen, für die sie im Unterschied zum Handwerk keine Umsatzsteuer zahlen müssen.

Auf Investoren angewiesen Liberales kritisieren immer wieder neue Auflagen für ansiedlungswillige Unternehmen

FDP-Stadträtin Regine Vohrer hat in der Gemeinderatsdebatte über die Ansiedlung eines Fast-Food-Restaurants an der Stuttgarter Straße davor gewarnt, ansiedlungswillige Unternehmen mit immer neuen Auflagen abzuschrecken. Reutlingen sei dringend auf Investoren angewiesen und könne sich eine solche Abschreckungspolitik nicht leisten. Als Beispiel verwies die Liberale auf das frühere Max-Moritz-Gelände am Stadteingang aus Richtung Metzingen. Nie hätten vorgelegte Planungen der Gemeinderatsmehrheit gepasst, so dass ein Interessent nach dem anderen abgesprungen sei. Jetzt sei dort immer noch eine Brachfläche. Es ginge nicht an, über Ansiedlungswünsche nach persönlichen kulinarischen Vorstellungen zu entscheiden. Stadtrat Hagen Kluck verwies auf einen schon einmal gescheiterten Ansiedlungswunsch der Fast-Food-Kette beim Südbahnhof. Weil Reutlingen das „Drive-in“ nicht wollte, wurde es auf Pfullinger Markung gebaut.

Ernennung statt Wahl Integrationsrat soll nicht mehr direkt von den ausländischen Einwohnern bestimmt werden

Nur mit großen Bedenken hat die FDP-Fraktion der Neuausrichtung des Integrationsrates der Stadt Reutlingen zugestimmt. Die Vertretung der ausländischen Einwohnerschaft soll künftig nicht mehr direkt gewählt, sondern ernannt werden. Stadtrat Dr. Carl-Gustav Kalbfell sieht darin eine Abkehr von der direkten Demokratie. Das neue Verfahren dürfe nicht zu einem „handverlesenen und handzahmen Gremium“ führen. Man könne sich dem Problem der schrumpfenden Wahlberechtigung allerdings nicht ganz verschließen, da immer mehr Zuwanderer sich zur deutschen Staatsangehörigkeit entschließen und hier geborene Kinder ausländischer Eltern automatisch Deutsche sind. Als einzige politische Partei hatte sich die FDP an der Wahl des derzeitigen Integrationsrates beteiligt und mit 20 Prozent der abgegebenen Stimmen zwei Sitze errungen. Sie ist mit Dimitrios Karantagas und Anastassios Mouroussoglou vertreten. Außerdem gehört Stadtrat Kalbfell dem Gremium als Vertreter des Gemeinderates an.



D. Karantagas A. Mouroussoglou C.G. Kalbfell



Wie diese alte Ansichtskarte zeigt, wurde in Reutlingen schon immer am Echazufer gebaut. Das neue Wassergesetz der grün-roten Landesregierung würde bei strikter Anwendung ein Bau- und Erneuerungsverbot bedeuten.

Einig gegen Bauverbote FDP beantragt zusammen mit FWV und WiR ein Hochwasserschutzregister für Reutlingen

Auch die Industrie- und Handelskammer hat jetzt auf die durch das neue Wassergesetz drohenden Bau- und Erneuerungsverbote in Reutlingen hingewiesen. Sie wünscht sich ein Hochwasserschutzregister, damit es auch künftig Ausnahmen geben kann. Dafür hatte schon FDP-Stadtrat Dr. Carl-Gustav Kalbfell bei den anderen Gemeinderatsfraktionen geworben. Jetzt haben FWV, WiR und FDP dazu einen gemeinsamen Antrag gestellt. Die drei Fraktionen beantragen die Aufstellung eines Hochwasserschutzregisters samt entsprechender Satzung für das gesamte Stadtgebiet. Die Stadtverwaltung soll darlegen, ob sie dazu zusätzliche Stellen im Baudezernat benötigt, die dann mit den benötigten Sachmitteln im Doppelhaushalt 2015/16 bereitgestellt werden sollen. Durch die Neufassung des Wassergesetzes ist Reutlingen über eine Fläche von 192 Hektar in seiner Siedlungsentwicklung massiv eingeschränkt. In der Stadt entfallen hiervon neun Prozent auf Wohn- und fünf Prozent auf Industrie- und Gewerbeflächen, die samt und sonders im innerstädtisch bebauten Bereich liegen. Diese Flächen sind nach den Buchstaben des Gesetzes grundsätzlich nicht mehr bebaubar, auch wenn beispielsweise alte Bausubstanz vorhanden ist, diese abgebrochen werden soll und an deren Stelle Neubauten errichtet werden sollen. Mit der Aufstellung eines Hochwasserschutzregisters könnten Ausnahmen zugelassen werden, wenn die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von Rückhalteraum zeitgleich ausgeglichen wird, Wasserstand und Abfluss nicht nachhaltig verändert werden, der Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt wird und Bauten hochwasserangepasst ausgeführt werden.

RT Rathaus-Telegramm

Herausgegeben von der FDP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Reutlingen
(Regine Vohrer – Dr. Carl-Gustav Kalbfell – Hagen Kluck)
Verantwortlich: Hagen Kluck, Mössingerstraße 9, 72770 Reutlingen
Konto: Kreissparkasse Reutlingen IBAN: DE 37 6405 0000 0100 0020 70